

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Vormittag), 17. November 2015

Polizei- und Militärdirektion

10 2015.RRGR.874 Motion 220-2015 SP-JUSO-PSA (Brunner, Hinterkappelen) Anreizsystem für Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen

Vorstoss-Nr.: 220-2015
Vorstossart: Motion
Eingereicht am: 07.09.2015

Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Brunner, Hinterkappelen) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Zäch, Burgdorf)
SP-JUSO-PSA (Zybach, Spiez)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit gewährt: Ja 09.09.2015

RRB-Nr.: 1282/2015 vom 28. Oktober 2015
Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Anreizsystem für Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen

Der Regierungsrat schafft ein Anreizsystem für jene Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen.

Begründung:

Es darf nicht sein, dass ein unwürdiger Verteilungskampf – zwischen Kanton und Gemeinden – auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird, die diesen Kampf auf ihrem Rücken und in ihrer Seele aushalten müssen.

Flüchtlinge sind nicht nur eine Belastung. Sie bringen aus ihren Herkunftsländern Wissen, Können und Kompetenzen mit. Sie sind Mitbürgerinnen und Mitbürger. Schluss mit Aushalten, Durchwursteln und Hinnehmen, hin zu einem Gemeinwesen, in dem Menschen in ihren Ressourcen angesprochen werden und eine Willkommenskultur herrscht.

Im Rahmen des Anreizsystems könnte die Regierung beispielsweise einen Wettbewerb für Gemeinden ausschreiben. Gemeinden könnten sich um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bewerben. Gemeinden legen Pläne zur Unterbringung und Versorgung, zu Bildungen und zu Arbeitsplätzen vor. Im Gegenzug erhalten sie ein Höchstmass an Förderung, bürokratisch, logistisch und finanziell.

Rund 30 000 Asylgesuche werden dieses Jahr in der Schweiz eingehen, rechnet das Staatssekretariat für Migration (SEM) vor. Und genau auf diese Anzahl von rund 30 000 Asylsuchenden ist das heutige Unterbringungssystem ausgerichtet. Nüchtern betrachtet verfügt die Schweiz genügend Infrastrukturen, um die erwarteten Asylsuchenden unterzubringen. Dazu braucht es jedoch die Mithilfe der Gemeinden.

Es muss davon ausgegangen werden, dass die Flüchtlingsproblematik noch lange nicht zu Ende ist. Prognosen sprechen von bis zu 1000 Flüchtlingen, die pro Woche in die Schweiz kommen könnten. Als grosser Kanton wird Bern daher immer sehr viele Menschen aufnehmen müssen. Zurzeit sind es bis zu 125 Personen pro Woche.

Die aktuellen Ereignisse mit den dramatischen Folgen für viele Flüchtlinge zeigen deutlich, dass wir handeln und nachhaltige Lösungen finden müssen. Zuerst gilt es, den Menschen zu helfen, die ihr Land verlassen mussten und dabei Leib und Leben riskieren. In der Flüchtlingspolitik und im Migrationswesen muss sich dringend und nachhaltig etwas ändern. Es braucht ein Vorgehen mit neuen Lösungsansätzen, bei denen die Ressourcen aller einbezogen werden, um eine für alle akzeptablere Situation zu schaffen.

Aus diesem Grund soll der Kanton ein Anreizsystem für Gemeinden ausarbeiten, die bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen.

Begründung der Dringlichkeit: Wir erleben eine humanitäre Tragödie. Die Unterbringungssituation im Asylbereich ist in einer Sackgasse. Es braucht nun zeitnahe und neue Lösungsansätze.

Antwort des Regierungsrats

Der Regierungsrat ist sich der schwierigen Situation durchaus bewusst ist und er ist bereit und willens, dringlich notwendige Massnahmen zu unterstützen. So hat er aufgrund der weiterhin sehr hohen Zuweisungen von Asylsuchenden und gestützt auf die gemachten Erfahrungen mit der Eröffnung von Notunterkünften in Zivilschutzanlagen am 12. August 2015 einen Kredit für die «vorübergehende Platzierung von Asylsuchenden» beschlossen (RRB 932/2015). Soweit also keine neuen Kollektivunterkünfte eröffnet werden können und damit eine Obdachlosigkeit von Asylsuchenden verhindert werden kann, können vorübergehende Lösungen – wie die Unterbringung in Militärzelten oder in Ferienheimen – mit diesem Kredit finanziert werden.

Die Gemeinden wurden mit der Inkraftsetzung des Einführungsgesetzes vom 20. Januar 1999 zum Ausländer- und zum Asylgesetz (EG Aug und AsylG; BSG 122.20) grundsätzlich aus ihren Pflichten im Asylbereich entlassen. Die Polizei- und Militärdirektion (POM) und der Verband Bernischer Gemeinden (VBG) sprachen sich aufgrund der schwierigen Situation an einer Sitzung im September 2015 für ein gemeinsames Engagement von Kanton und Gemeinden bei der Unterbringung von Asylsuchenden aus. Der Kanton ging auf die Anliegen des VBG ein und prüft im Einzelnen die Möglichkeit der Umsetzung. Im Gegenzug erwartet der Kanton von den Gemeinden, dass sie Hand bieten für rasche Lösungen zur Unterbringung von Asylsuchenden. Die Regierungsstatthalter sollen eine wichtige Brückenfunktion zwischen Kanton und Gemeinden wahrnehmen.

Nachdem die Absicht des Kantons, grössere temporäre Unterkünfte zu schaffen, bei den Gemeinden auf Widerstand gestossen ist, wird nun geprüft, ob das Ziel auch mit kleineren Unterkünften erreicht werden kann. Diese Neuausrichtung dürfte mit grösseren Kosten verbunden sein, weil die Betreuung von Asylsuchenden an mehreren Standorten aufwändiger ist. Das ausgabenzuständige Organ des Kantons wird die entsprechenden Mittel zu bewilligen haben.

Der Regierungsrat begrüsst daher Ideen für die Prüfung eines Anreizsystems, damit die Gemeinden Asylsuchende aufnehmen. Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat die Annahme der Motion als Postulat.

Der Regierungsrat beantragt:

Annahme als Postulat

Präsident. Der Regierungsrat ist bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Wir haben auch hier eine freie Debatte.

Ursula Brunner, Hinterkappelen (SP). Wir haben gestern gehört, wie der Regierungspräsident die Situation dramatisch geschildert hat. Wir hören hier auch, dass die einen finden, es wäre ganz einfach, man müsse nur die Grenzen schliessen. Aber so einfach geht es eben nicht. Diese Menschen sind da, und wir sind verpflichtet, eine Lösung für sie zu finden. Auch das haben wir von Regierungsrat Käser gestern sehr eindrücklich geschildert bekommen. Wir haben jetzt gehört, dass der Kanton bereit ist, auch kleine Unterkünfte zu ermöglichen. Eine möglichst unattraktive Unterbringung mag ja aus Sicht einer Abschreckungsdoktrin, wie sie die FDP verfolgt, vielleicht Sinn machen. Aber für die betroffenen Gemeinden und ihre Bevölkerungen macht das überhaupt keinen Sinn. Es gibt noch einen anderen Punkt, den ich trotz der hervorragenden Arbeit des MIDI ansprechen möchte. Es geht um die Kommunikation zwischen der Regierung und den Gemeinden. Diese hat nicht optimal funktioniert. Aus diesem Grund hat der VBG zugesichert, bei der Suche nach Unterkünften künftig stärker mitzuwirken und mit dem Kanton zu kooperieren. Im Gegenzug haben die Gemeinden gefordert, der Kanton müsse besser kommunizieren. Das scheint noch nicht so recht zu klappen. Anfang November konnten wir lesen, dass sich die Gemeinden vom Vorgehen des Kantons brüskiert fühlen. Wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion sind der Meinung, es dürfe keinen unwürdigen Verteilungskampf zwischen Kanton und Gemeinden auf dem Rücken der Schwächsten geführt werden. Regierung und Parlament müssen sich darauf einstellen, dass die bestehenden Probleme der Unterbringung, Betreuung und Unterstützung dieser Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – bei uns gelandet sind, sozialverträglich, wirkungsvoll und auf lange Sicht gelöst werden. Unsere Instrumente greifen, und wir müssen sie nutzen. Wir haben einen Rechtsstaat, und das

ist der höchste Wert, um den es geht. Man hat gelegentlich ein wenig den Eindruck, werter Herr Käser, dass Sie manchmal ein bisschen eine Opferkommunikation praktizieren. Ich kann das verstehen, wenn ich die Haltung der FDP höre. Es ist einfach nicht hilfreich bei der Kommunikation mit den Gemeinden. Das Prinzip Hoffnung, die Flüchtlingsströme würden dann schon abnehmen, können wir vergessen. Auch im nächsten Winter werden die Menschen weiterhin kommen. Die «Sankt-Florians-Politik» funktioniert nicht. Das Asylthema wird uns noch lange beschäftigen. Wir sind alle gefordert: die Regierung, das Parlament, die Hilfsorganisationen und die Bevölkerung. Alle Gemeinden haben einen Beitrag zur Unterbringung von Flüchtlingen zu leisten. Mit einem Anreizsystem für Gemeinden, die solche Menschen aufnehmen, kann die Regierung des Kantons Bern ein deutliches Zeichen setzen. Aus diesem Grund bitte ich Sie, die Motion zu unterstützen, damit der Kanton ein solches Anreizsystem für die Gemeinden schafft.

Vizepräsident Carlos Reinhard übernimmt den Vorsitz.

Hubert Klopfenstein, Biel/Bienne (FDP). Auch bei diesem Vorstoss haben wir natürlich kritische Anmerkungen, was die Anreize anbelangt. Der Vorstoss kommt etwas hilflos daher. Man sagt einfach: «*Schafft Anreize*», aber danach verliert sich das Ganze. Ich erlaube mir eine Bemerkung zur Begründung. Sie schreiben, Flüchtlinge wären nicht nur eine Belastung für die Gesellschaft, sondern quasi eine Bereicherung, weil viele gut qualifizierte Leute ins Land kommen. Das mag sein. Aber es ist natürlich eine Mär zu glauben, dass es sich um lauter Wissenschaftler, Mediziner und Zahnärzte handelt. Das ist vielleicht ein Promille. Und ob Flüchtlinge wirklich so bereichernd sind? Wir können einmal gemeinsam durch die Stadt Biel spazieren – nicht gerade Hand in Hand –, Bahnhofplatz und so weiter. Da müssen Sie mir dann zeigen, wo der Mehrwert zu finden ist. Der Vorteil ist, Sie müssen dann nicht mehr in die Ferien fahren, weil Sie die Ferien schon dort haben; dies als Klammerbemerkung.

Zur Strategie. Auch die Strategie, die Gemeinden besser abzugelten, damit diese Flüchtlinge aufnehmen, mag gut sein. Sie kann aber auch kurzfristig und gefährlich sein. Ich erkläre mich: Wenn man den Gemeinden so ein bisschen ein «Zückerli» geben will, a la bonheur. Ich verstehe die Polizeidirektion, die sich in einem Dilemma befindet. Sie ist froh, wenn sie mit einem Anreiz Flüchtlinge in die Gemeinden geben kann. Aber ich wiederhole, was ich zuvor schon gesagt habe: Langfristig kann es trotzdem Probleme für die Gemeinden geben, weil die Flüchtlinge in den Gemeinden bleiben. Daraus erwachsen Probleme mit der KESB, mit den Einschulungen und so weiter. Ich weiss ein wenig, wovon ich rede, meine Damen und Herren. Vor 15 Jahren hatten wir in Biel einen Verein Asyl und führten vier Flüchtlingszentren im Jura, Büren und so weiter. Und die Stadt Biel hat mit den Flüchtlingen gutes Geld verdient. Wir verdienten, glaube ich, Franken 1,50 pro Ansatz, pro Tag, und so weiter, und wir hatten eine super Spezialfinanzierung. Wunderbar, das ergab etwa 2 Mio. Franken in die Kasse. Das Problem war, dass die Flüchtlinge in der Region blieben. Es gab Einschulungsprobleme und, und, und. Deshalb sage ich einfach, das Anreizsystem mag seitens der POM gut sein, aber es kann auch gefährlich sein, wenn die Gemeinden zu früh einsteigen. Das Geschenk, Frau Brunner, könnte sich längerfristig als vergiftetes Geschenk erweisen. Darum lehnen wir diesen Vorstoss als Motion ab. Wir können ihn allerdings als Postulat auch in diesem Fall annehmen.

Hasim Sancar, Bern (Grüne). Wir sind mit einer menschlichen Katastrophe konfrontiert und sind in der glücklichen Lage, nicht selber auf Hilfe angewiesen zu sein, sondern helfen zu dürfen. Seit dem zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Verfolgung, Hunger und Obdachlosigkeit. Ein Bruchteil der geschätzten 60 Millionen Menschen auf der Flucht sucht nun Schutz in Europa, ein Teil selbstverständlich auch bei uns. Tausende haben ihr Leben in den Meeren verloren. Tausenden droht jetzt der Erfrierungstod. Hunger und Gewalt sind Alltag für viele Menschen, die inzwischen an den Aussengrenzen Europas angekommen sind. Unsere humanitäre Tradition verpflichtet uns, diesen Menschen Schutz zu bieten, oder sie bleibt ein Mythos. Es ist erfreulich, dass ein grosser Teil der Bevölkerung offen, initiativ und solidarisch ist, um Menschen auf der Flucht aufzunehmen. Dies haben wir erfahren, als der Entscheid der Umnutzung des Zieglerspitals in ein Flüchtlingszentrum vorgestellt und diskutiert wurde. Natürlich gibt es immer auch Gemeinden, die sich aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sehen, Schutzsuchende aufzunehmen. Wir sind davon überzeugt, dass der Regierungsrat mit einer mittel- und langfristigen Strategie die Gemeinden und die Bevölkerung mehr sensibilisiert, die Zusammenarbeit mit den Gemeinden gestärkt und die Bereitschaft für die Aufnahme erweitert hätte.

Wir denken, dass unter den gegebenen Bedingungen ein Anreizsystem für die Gemeinden geschaffen werden sollte, damit diese mehr Asylsuchende aufnehmen. Mit der Aufnahme sollten auch Massnahmen ergriffen werden, damit die aufgenommenen Menschen möglichst schnell Anschluss finden; sei es in der Schule, in der Ausbildung oder bei der Arbeit. Jeder kleinste Integrationsschritt ist eine Investition in die Zukunft. Damit wird langfristig auch die öffentliche Hand entlastet. Wettbewerbe oder Preisvergaben sind mögliche Handlungsmassnahmen, die den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden können. Die grüne Fraktion unterstützt den Vorstoss. Zu Kollege Hubert Klopfenstein: Ich habe bemerkt, dass er alle Vorschläge bestreitet, aber selber hat er nie einen Vorschlag gemacht.

Präsident Marc Jost übernimmt wieder den Vorsitz.

Präsident. Ich begrüsse an dieser Stelle eine Schulklasse der lernenden Milchtechnologinnen und Milchtechnologen des Bildungszentrums Emmen in Langnau. Herzlich willkommen im Grossen Rat. Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit. (*Applaus*)

Sabina Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Die SVP ist eigentlich der gleichen Meinung wie die Motionärinnen: Asylsuchenden, die bleiben können, wollen wir eine gute Bildung zukommen lassen, damit sich diese möglichst schnell integrieren. Bei der Forderung der Motionärinnen geht es aber um ein Anreizsystem, das eine Bürokratie hervorrufen würde. Es geht um ein Anreizsystem, bei dem der Regierungsrat zu prüfen hätte, welche Gemeinden die besten Angebote in Bezug auf Unterkünfte, Bildung und Integration machen. Und wir wollen das Geld nicht für Bürokratie, sondern an Ort und Stelle für die Integration brauchen.

Wir sehen auch eine Gefahr, wenn man in den Gemeinden die besten Unterkünfte den Asylsuchenden zur Verfügung stellen will. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. Asylbewerber werden ein teures Haus und teure Wohnungen zur Verfügung gestellt, die sich eine Mittelstandsfamilie niemals leisten könnte. Dass das böses Blut gibt und kontraproduktiv ist, sehen wir hier alle. Deshalb ist es sehr gefährlich, was wir hier machen, wenn wir die Gemeinden dazu verpflichten wollen, möglichst gute Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Es zeigt sich auch, dass die drei Motionärinnen keine SiK-Mitglieder sind. Sie sehen also nicht, was alles bei der Integration gemacht wird. Dabei steht der Kanton Bern ganz vorne. Niemand hat so viele Angebote für Jugendliche wie der Kanton Bern. Für einen Jugendlichen, der bei uns aufgenommen wird, bezahlt der Staat pro Monat 5000 Franken für die Betreuung und alles Drum und Dran. Wir haben also eine überaus gute Betreuung. Wir haben sehr gute Leute, die diese Aufgaben wahrnehmen, und ich weiss nicht, ob man da jetzt noch mehr verlangen kann. Ich denke eher, man müsste versuchen, zurückzuschrauben, denn das führt auch wieder zu bösem Blut in der Bevölkerung, wenn sie das erfährt. Mancher jugendliche Schweizer wäre gerne so gut betreut mit 5000 Franken im Monat. Deshalb sind wir der Meinung – auch noch im Hinblick auf die Antwort des Regierungsrats –, dass eigentlich seit ein paar Jahren der Bund für die Finanzierung der Asylbewerber zuständig ist. Im Prinzip sollte der Kanton nicht auch noch so viel bezahlen müssen. Der Bund sollte diese Kosten decken. Deshalb lehnt die SVP sowohl die Motion wie das Postulat ab.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Wir haben vor kurzem eine Motion von Christoph Berger mit einem ähnlichen Anliegen behandelt. Christoph Berger wollte kein Anreizsystem, sondern Zusatzzahlungen für Gemeinden, die Asylbewerber beherbergen und den Zusatzaufwand abgedeckt haben möchten. Die Idee dahinter ist dieselbe: Die einen Gemeinden machen etwas, die anderen nicht, und das führt zu unterschiedlichen Lasten. Wir haben auch seitens der FDP gehört, dass genau diese Lasten eben vorhanden sind. Die heutige Motion ist etwas offener als die von Christoph Berger. Wir haben die Aufgabe, ein Anreizsystem zu suchen. Die EVP hat den letzten Vorstoss aus Kostengründen abgelehnt. Hier könnte es kostenneutral gestaltet werden, indem zum Beispiel diejenigen Gemeinden, die sich verweigern, einen Beitrag in einen Fonds einzahlen. Aus diesem Fonds könnten die Gemeinden entschädigt werden, die mitmachen und den Aufwand auf sich nehmen. Sie hören aus meinen Worten heraus, dass die Idee nicht ganz ausgereift ist. Deshalb ist wahrscheinlich die Motion nicht der richtige Weg dazu. Hingegen könnte das Postulat eine Tür für ein Ausgleichssystem der tatsächlich anfallenden Lasten öffnen. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen. Dies natürlich auch vor dem Hintergrund, dass uns im ganzen Asylwesen Veränderungen bevorstehen. Es ist nicht sinnvoll, einen riesigen Papiertiger zu schaffen, wie dies Sabina Geissbühler gesagt hat. Das darf nicht das Ziel sein. Aber mit einfachen Mitteln sollte so etwas realisierbar

sein.

Vania Kohli, Bern (BDP). Der Regierungsrat hat bereits einen Kredit für die vorübergehende Platzierung von Asylsuchenden beschlossen. Er ist auch bereit, ein Anreizsystem für die Gemeinden zu prüfen, so wie es von den Motionärinnen und Motionären vorgeschlagen wird. Die BDPlern und BDPlern tun dies auch. Wir unterstützen das Postulat, aber nicht die Motion.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Die Motionärinnen schreiben in ihrer Begründung, dass die Flüchtlinge nicht nur eine Belastung sind. Das stimmt natürlich. Sie bringen uns sicher sehr viel, gerade kulturell. Aber wir müssen uns ganz klar bewusst sein: Im Moment ist es eineiesenbelastung. Oder sagen wir es einmal so: Es ist eine gewaltige Herausforderung für alle Länder, für alle Kantone der Schweiz und natürlich auch für die Gemeinden. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht anstelle der angestrebten Willkommenspolitik plötzlich in eine Ablehnungspolitik abdriften. Wir müssen auch aufpassen, dass die Stimmung im Volk nicht kippt. Es ist ganz wesentlich, ein grosses Augenmerk darauf zu legen. Die glp begrüsst die Schaffung von Anreizsystemen. Wir möchten das wirklich ausdrücklich unterstützen. Die glp ist immer offen für neue Ansätze. Sie kennen das. Die Regierung hat sich mit dem VBG zusammengesetzt, und sie haben sich mindestens in gewissen Lösungsansätzen gefunden. Wenn die Regierung mit einer Gemeinde verhandelt, dann gehe ich davon aus, dass ein gegenseitiges Geben und Nehmen stattfindet. Somit ist ein Anreizsystem in jedem Gespräch automatisch eingeschlossen. Wir sind der Meinung, dass wir jetzt einfach handeln müssen. Ein Anreizsystem ist machbar, aber das kann nicht das Prioritäre sein. Wir müssen die Leute unterbringen können. Wir müssen auch bereit sein, etwas dafür zu zahlen. Gewisse Kredite haben wir gesprochen. Ich denke an die 1,1 Mio. Franken für Notunterkünfte, aber es wird noch mehr dazukommen. Die glp ist bereit, die Vorlage als Postulat anzunehmen.

Meret Schindler, Bern (SP). Wie schon bei den vorangehenden Vorstössen sind wir von der SP-JUSO-PSA-Fraktion dafür, Herausforderungen proaktiv anzugehen. Das von der Motion geforderte Instrument ist einerseits etwas, womit sich die Gemeinden profilieren können. Wir erhoffen uns einen Wettbewerb, der den Umgang mit Flüchtlingen interessant machen kann. Wenn es für die Gemeinden andererseits interessant wird, Menschen aufzunehmen, dann schaffen wir es auch, diese unterzubringen, oder zumindest wird es weniger zu Engpässen kommen. Dann könnte man fast sagen, wir wären proaktiv unterwegs. Deshalb unterstützen wir als Fraktion natürlich diese Motion. Zu Sabina Geissbühler: Wir SiK-Mitglieder sprechen im Allgemeinen mit der gesamten Fraktion. Es ist auch so, dass Vorstösse, die nicht durch uns eingereicht werden, vorgängig in der Fraktion besprochen werden. Dabei geben wir unsere Inputs weiter. Man kann davon ausgehen, dass Vorstösse, die von drei Gemeinderätinnen, respektive einer Gemeindepräsidentin und zwei Gemeinderätinnen der SP, auch unsere Fraktionsmeinung widerspiegeln.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Den Gemeinden sollen die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge vergütet werden. Das ist für die EDU-Fraktion selbstverständlich. Aber ein Anreizsystem für Gemeinden, die Flüchtlinge aufnehmen, lehnen wir ab.

Präsident. Gibt es Einzelvoten aus dem Rat? – Das ist nicht der Fall. Ich gebe das Wort dem Polizeidirektor, Herr Regierungsrat Käser.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Ein Anreizsystem bedeutet, dass Geld vom Kanton zu den Gemeinden fliessen wird. Wenn der Kanton das will, so muss dies das Parlament des Kantons beschliessen. Ich sage das, damit wir uns klar verstehen. Wir sind gerne bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, weil die Zusammenarbeit mit dem VBG gut ist. Wir haben gemeinsam mit dem VBG immer wieder gute Lösungen gefunden und werden uns auch in diesem Fall um eine gute Lösung bemühen. Noch ein Wort zu Frau Grossrätin Geissbühler, die sagte, der Bund sei zuständig. Man kann das als Aussage so sehen. Es gibt die Asylgesetzgebung des Bundes, die relativ detailliert regelt, wie mit dem Asylwesen umzugehen sei. Aber das Asylwesen ist in diesem Land eine Verbundaufgabe, namentlich weil der Bund über kein Territorium verfügt und Asylsuchende sich immer in einem Kanton aufhalten, auch wenn sie unter Bundesägide sind. In einer Gemeinde sind sie sowieso, weil es kein eigenes Kantonsterritorium gibt. Der Finanzierungsschlüssel ist letztlich das Thema. Das Meccano der Finanzierung wird in diesem Land weitgehend akzeptiert, so wie es zurzeit ist. Aber man kann an diesem Meccano natürlich auch schrauben. Im Übr-

gen erlaube ich mir noch einen kleinen Werbespot, der an alle Gemeindevertreter gerichtet ist, die noch eine Zivilschutzanlage haben: Wir zahlen für eine Zivilschutzanlage mit 100 Plätzen pro Monat 7000 Franken. Man kann uns diese Anlage vermieten und erhält 7000 Franken. Das ist ein Anreizsystem, das sich auf vier Zahlen beschränkt.

Präsident. Für die Motionäre wünscht Frau Grossrätin Brunner noch einmal das Wort.

Ursula Brunner, Hinterkappelen (SP). Dass man in einem der reichsten Länder der Welt hauptsächlich über die Kosten spricht, wenn es um Flüchtlinge geht, ist ja eigentlich selbstverständlich. Ich kann das nachvollziehen. Nicht nachvollziehen kann ich, wenn ein Mitglied dieses Rates im Zusammenhang mit Flüchtlingen von einem «vergifteten Geschenk» spricht. Das finde ich degoutant. Mir ist es wichtig, dass das Anliegen dieser Motion von der Regierung geprüft wird, und deshalb wandle ich.

Präsident. Somit stimmen wir über ein Postulat ab. Wer das Postulat annehmen will, stimmt ja wer es ablehnt, stimmt nein.

Abstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:
Annahme als Postulat

Ja	90
Nein	47
Enthalten	3

Präsident. Sie haben das Postulat angenommen.